

IHK-Generalversammlung, 10. Juni 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Präsidial-Ansprache Dr. Konrad Hummler

„Provinziell und professionell“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste

Am Ende meines dritten Präsidialjahres der IHK St.Gallen-Appenzell haben sich die konjunkturellen Gegebenheiten – oder vielleicht besser: Vorzeichen – gegenüber früheren Generalversammlungen deutlich verschlechtert. Die in der neueren Wirtschaftsgeschichte einmalige Konstellation simultanen Wachstums in eigentlich allen relevanten Weltgegenden, die mehr als fünfjährige Periode solch erfreulicher Konjunktur, die Abwesenheit von Inflation wie auch von währungsmässigen Verwerfungen – all diese positiven und enorm stimulierenden Entwicklungen scheinen zu einem zumindest vorläufigen Ende gekommen zu sein. Zwar ist noch schwer abzuschätzen, wie gross heutzutage die gegenseitige konjunkturelle Abhängigkeit zu veranschlagen sein wird – Globalisierung könnte interessanterweise beides bedeuten, Entkoppelung oder höhere Korrelation – eines ist aber heute schon gewiss: Die kommenden Monate und Jahre werden uns Unternehmer in hohem Masse fordern. Überrissener Wagemut einerseits, ungerechtfertigte Resignation andererseits werden mehr Misserfolg nach sich ziehen als bis anhin.

Leider sind die Ursachen für das Übel relativ einfach zuzuordnen. Es war keine Kubakrise, kein Vietnamkrieg, keine Erdölverknappung wie in den 70er Jahren, kein 9-11, keine Technologie-Euphorie. Vielmehr wurde die Krise endogen erzeugt, im System selber. Im Finanzsystem nämlich. Es geht hier nicht darum, auf einzelne Leistungen oder Fehlleistungen spezifischer Unternehmungen im Finanzsystem einzutreten. Vielmehr geht es um das Grundsätzlich-Analytische. Fakt ist, dass alle 5 - 7 Jahre vom Finanzsystem krisenhafte Entwicklungen ausgehen, die auf eine Risikoerzeugung hinauslaufen, welche in keinem Verhältnis zu den Risiken in der realen Welt und der realen Wirtschaft stehen. Anstatt Risiken der realen Welt und der realen Wirtschaft effizient zu allozieren – das wäre ja eigentlich die Aufgabe des Kapitalismus! – generiert das Finanzsystem in hohem Masse zusätzliche und völlig unnötige Risiken. Als Nebeneffekte werden eine viel zu stark ausufernde Produktemaschinerie betrieben und völlig abstruse Entschädigungen ausbezahlt.

Meine Damen und Herren, solches kann ja eigentlich nicht nachhaltig sein. Denn daraus resultieren verzerrende Effekte, die uns im vorliegenden Fall nun eine Wirtschaftsabschwächung mit einhergehender Teuerung bescheren, später vielleicht aber einmal das ganze Wirtschaftssystem in Frage stellen könnten. Wo aber liegt der wahre Grund dafür, dass das Finanzsystem zu solchen Übertreibungen neigt? – Letztlich (und ganz kurz skizziert) in der tragischen Konstellation, dass seit den 30er Jahren sämtliche Bemühungen darauf hinausliefen, das Finanzsystem sogenannten „sicher“ zu machen, was man mit der Verhinderung von Bankrotten, von Verlusten bei Gläubigern gleichsetzte, und dass man diese Strategie mehrfach auch in die Tat umsetzte. In der Konsequenz wurde faktisch eine weltweite Staatsgarantie für grosse und ganz grosse Mitspieler im Finanzsystem etabliert – man könnte sagen: je grösser desto Garantie – mit dem Effekt, dass die Risikoprämien zur Refinanzierung immer tiefer zu liegen kamen. Ein Dummkopf, wer unter solchen (sozusagen weltweiten kantonalbankähnlichen) Gegebenheiten nicht gewaltig aufs Gas getreten wäre. Alle andern machten es ja auch.

Der Rest ist dann rasch erzählt. Anstatt wenigstens einigermaßen sinnvolle Risiken, bspw. in der Form von günstigen Finanzierungen an die Industrie oder in Schwellenländer, aufzubauen, wurde von allen dasselbe Liquiditätsrisiko im angeblich unendlich liquiden US-Immobilienmarkt bewirtschaftet. Ein kollektiver Irrlauf, wie er typisch ist, wenn Gier und Kopflosigkeit sich vereinen.

Nun, ich muss Ihnen sagen, dass als Konsequenz dieser Krise mein Unglauben, meine Skepsis gegenüber grossen Organisationen – seien sie nun staatlicher oder wirtschaftlicher Natur – nochmals gestiegen ist. Grösse schützt offensichtlich vor Fehlern nicht. Treten Fehler ein, werden sie dann aber rasch sehr gefährlich, systemgefährdend oder, wie sich nun eben zeigt, in hohem Masse belastend für die Weltwirtschaft. Diese Skepsis gegenüber grossen Organisationen wird mich für immer prägen, und mehr denn je muss ich meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass die Position des Subsidiarismus – dem Umkehrschluss aus der Megaloskepsis – nach wie vor keine valable politische Heimat hat. Denn jene, die vorgeben, für schweizerische Subsidiarität einzustehen (ich meine die SVP...), tun alles, um weiterhin xenophob zu erscheinen, und mit ihrem Zöseln rund um die Personenfreizügigkeit auch alles, um unserem Land innen- und aussenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten. So, meine Damen und Herren von der SVP, werden Sie Köpfe und Herzen jener nicht gewinnen, die Sie für eine Mehrheit im Lande haben müssten. Opposition zu spielen, ohne aber mindestens potentiell eine Mehrheit anstreben zu können, ist eine politische Blindgänger-Strategie. Einem Ableger der AUNS wird man nie zustimmen können, selbst wenn man für das eine oder andere Anliegen der SVP dann und wann Verständnis hätte.

Andererseits gründet das Anliegen richtig verstandener Subsidiarität eben auch im anderen politischen Lager weniger und weniger Rückhalt. Fatal diesbezüglich war für mich das von breiten, auch sogenannten „bürgerlichen“ Kreisen mitgetragene Anliegen, das Kinderkrippenwesen auf Bundesebene zu regeln. Ein Wunder, dass dafür nicht gleich noch der Beitritt zur grossen Organisation EU gefordert wurde! Ein besser subsidiär zu lösendes Problem als jenes der Kinderkrippen gibt es ja wohl kaum! Es störte mich aber auch gewaltig, dass unser freisinniger Bundespräsident in seiner Eröffnungsansprache zum diesjährigen St.Gallen Symposium (Global Capitalism – Local Values) das Wort „Föderalismus“ nicht über die Lippen brachte. Bei allen möglichen Vorbehalten gegen zu weitgehende Fraktionierung unseres Landes: Es war der Föderalismus, der das friedliche Zusammenleben so verschiedener Völkerscharen mit so verschiedenen Sprachen und Dialekten ermöglicht hat. Es ist der Föderalismus, der die unserem Land so typische und erfolbringende „Erledigungskompetenz auf tiefer Hierarchiestufe“ brachte, und es ist der Mangel an gelebtem Föderalismus, der uns gegenüber der grossen Organisation EU so skeptisch stimmt. Ein schweizerischer und freisinniger Bundespräsident, und Walliser!, der als helvetische Hauptqualität bezeichnet, „dass wir stets

einen Konsens“ gefunden hätten, und nicht: „Leben und Lebenlassen, jeder in seinem Tal“ – ein solches Staatsoberhaupt macht misstrauisch. Als ob die Zentrale in Bern keine Fehlleistungen produzierte!

Dabei ist die Causa Subsidiarität eigentlich noch nie so attraktiv gewesen! Man erinnere sich noch an die Zeiten der unendlich teuren Main-Frame-Computeranlagen, die nur die ganz grossen Unternehmungen sich leisten konnten. Das waren Zeiten, in denen die Hoffnungen von kleinen und mittleren Unternehmungen weitgehend zurecht geschwunden sind. Alles schien dem Gesetz der „economies of scale“ unterworfen zu sein. Aber heute? Heute, in der Zeit der globalen und jederzeitigen Verfügbarkeit von fast allen Gütern und Dienstleistungen, gibt es doch eigentlich kaum mehr Effizienzgründe, um „gross“ zu sein! Und es gibt auch kaum Gründe, dass man alles an einem bestimmten, zentralen Ort macht. Vielmehr bietet dezentrale Fertigung grosse Chancen. Chancen für das Rheintal, Chancen für See und Gaster, Chancen fürs Sarganserland, ja selbst für Ausserrhoden und das Toggenburg.

Voraussetzung ist allerdings, dass wir bei aller Provinzialität professionell sind. Und professionell heisst heute ganz klar: so weltoffen als möglich! Bunkermentalität hat keine Zukunft. Vielmehr gilt es, den ganzen Globus in die Provinz zu holen und das Netz völlig international auszuspannen. Alle meine Augenscheine und Gespräche bei IHK-Mitgliedfirmen zeigen mir, dass diese Botschaft längst Programm geworden ist. Kaum ein Betrieb, der nicht vielfältig über die halbe Welt hinweg operativ tätig wäre! Auch die IHK hat durch ein breiter ausgefächertes Angebot dieser Entwicklung Rechnung getragen.

Was aber wäre das politische Programm für ein Land, das immer Provinz war, eine Provinz bleiben wird und von einer Anzahl von aus der Provinz heraus arbeitenden Wirtschaftssubjekten geprägt wird? Einerseits: genau diese Provinzialität, Kleinräumigkeit, Subsidiarität ermöglichen Eigenheiten zulassen, harmonisierende Erstickungsversuche unterlassen, von überissenen Grossmachtallüren ablassen. Andererseits: sich auf die Stabilität der Infrastrukturen konzentrieren, die es eben braucht, um die globale Professionalität in die Provinz bringen zu können. Was wir brauchen, ist eine laufend erneuerte und verbesserte Verkehrsinfrastruktur, eine breitabgestützte Energieversorgung, eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur, ein stabiles Rechtssystem, das unsere Investitionen nicht immer wieder überraschend gefährdet, innere Sicherheit ohne Wenn und Aber und ohne rechtsfreie Räume oder Zeiträume.

Auf was wir hingegen verzichten können – und was angesichts globaler Konkurrenz ohnehin auf die Länge nicht finanzierbar sein wird: Feiste Ammen – seien sie in der St.Galler Pfalz, seien sie in Bern, in Brüssel oder anderswo – die so dick geworden sind, dass ihre Titten längst nicht das hergeben, was allenthalben von ihnen erhalten zu können glaubt. Die politische Kraft fehlt uns, die aufgehört hat, an diese Amme zu glauben.

„Provinzialität und Professionalität“: Das bedeutet in erster Linie ein Abschied von anmassenden Vorstellungen, wie sie ein Finanzsystem oder in Staat und Gesellschaft überhand genommen haben. Provinzialität und Professionalität kennt die Grenzen der Komplexitätsbewältigung und weiss um die Fehleranfälligkeit von Menschen und Maschinen. Provinzialität und Professionalität weiss aber auch um den Umstand, dass wahre Kreativität und Innovation noch stets in einem Umfeld menschlicher Nähe am besten gedieh. Dafür wollen wir uns einsetzen.